

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nach 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 2,50 RM. Zusätzl. Reichspost-Zulage 10 Pf. Alle Postanfragen, Postboten, weitere Zusteller u. Geschäftsbesitzer sind zu jeder Zeit über das hiesige Geschäftsamt zu erreichen. Im Falle eines Geschäftswechsels ist die Postanschrift rechtzeitig zu ändern. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion nicht gestattet.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Verleger: Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Amt Wilsdruff 206
Korrespondent: Amt Wilsdruff 206
Druck: Wilsdruffer Druckerei

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 65 — 95. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 17. März 1936

Der Kampf um den Frieden.

Als der Führer vor drei Jahren an die Spitze des Reiches trat, wurde von einer feindlichen Welt das Stichwort ausgegeben: Adolf Hitler, c'est la guerre — Adolf Hitler bedeutet den Krieg. Während in den Urwäldern des Gran Chaco die Maschinengewehre heulten, während auf den Hochplateaus in Abessinien die Geschütze donnerten, während in der Moskauer Zentrale die Parolen für die Weltrevolution ausgegeben wurden und in allen Teilen der Welt die Fackel des Bürgerkrieges aufleuchtete, hat der Führer des deutschen Reiches die Mitte Europas besiedelt, indem er das deutsche Volk aus einer Menge von Gruppen, Klassen und Interessengruppen zu einer Nation zusammenschloß. Daneben hat er in einem dreijährigen Ringen immer erneut versucht, die Grundlagen einer echten Verständigung unter den Völkern zu schaffen. In der Wirnis des Zusammenbruchs nach dem größten aller Kriege, der nicht nur Deutschland an den Abgrund führte, sondern auch das alte Europa in seinen Grundlagen bis ins Tiefste erschütterte, hat Adolf Hitler 1919 sich eine doppelte Aufgabe gesetzt: „Ich habe mir einst geschworen, ebenso zäh und tapfer für die deutsche Gleichberechtigung zu kämpfen und diese so oder so durchzusetzen, wie umgekehrt aber auch das Verantwortungsgesühl zu stärken für die Notwendigkeit einer europäischen gegenseitigen Rücksichtnahme und Zusammenarbeit.“ Diesen Schwur, abgelegt in Deutschlands und Europas dunkelster Stunde, hat der Führer in den Jahren der Volkshoerung der deutschen Nation gehalten. Er hat nicht die geeilte Nation aufgerufen, auf dem Schlachtfeld das Verlorene zurückzugewinnen, sondern hat seit dem Tage der Machtübernahme bis heute den Kampf für den Frieden geführt.

Gehen wir noch einmal den Weg dieses Ringens zurück und reihen leidenschaftlos die Tatsachen aneinander, die dadurch um so bereicherter und eindrucksvoller sprechen. Auf zwei Gebieten, dem der Abrüstung und der internationalen Verständigung, hat Adolf Hitler der Welt positive Vorschläge unterbreitet, die die Möglichkeit boten, einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Der Führer war bereit, die Stärke der deutschen Armee auf 300.000 Mann zu begrenzen. Das Echo dieses Vorschlags war die Ablehnung. Später hat Adolf Hitler sich mit 300.000 Mann begnügen wollen, und abernach setzten die Versailler Mächte diesem Angebot ihr Nein entgegen. Der Führer war bereit, auf Angriffswaffen überhaupt zu verzichten, wenn auch die anderen in einem bestimmten Zeitraum ihre Angriffswaffen verschrotten würden. Der Führer war bereit, eine Übergangsperiode von fünf Jahren bis zur Herstellung der wehrpolitischen Gleichheit auf sich zu nehmen und sich innerhalb dieses Zeitraumes mit reinen Verteidigungswaffen zu begnügen. Der Führer war bereit, auf jedes Militärflugwesen zu verzichten, sich im äußersten Falle mit Aufklärungsflugzeugen zu begnügen, wenn die Aussicht vorhanden wäre, daß die anderen hochgerüsteten Staaten ihm auf diesem Wege folgen würden. Diese Angebote trafen den von der Weltöffentlichkeit vorgebrachten Vorwurf klug, daß Adolf Hitlers Vorschläge nur in Allgemeinheiten bestanden hätten und greifbaren Tatsachen auswichen wären. Die Antwort unseres westlichen Nachbarn auf diese Vorschläge einer Abrüstungsbegrenzung war die berühmte Barthou-Note vom 17. April 1934, die den Grabesfang des Abrüstungsgebändes darstellt. Aber erst nahezu ein Jahr später hat Deutschland die Folgerung aus dieser Tat der französischen Diplomatie gezogen, als es am Heldengedenktag 1935 seine Wehrhoheit zurücknahm.

Aber mit diesem Tage selbst haben die deutschen Verständigungsversuche nicht aufgehört. Deutschland hat weiter der Welt greifbare und durchführbare Abrüstungsvorschläge unterbreitet, die auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Sperrbereitschaft für den Frieden eine endgültige Verständigung Europas hätten herbeiführen können. Nachdem der Führer im Februar 1935 seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hatte, an einer Begrenzung der Luftrüstung mitzuwirken, hat Adolf Hitler in seiner Friedensrede vom 21. Mai 1935 erneut seine Bereitschaft zu einem Lastabkommen bekundet, weiter die Stärke der deutschen Kriegsflotte auf 35 Prozent der englischen Flotte und damit um 15 Prozent unter dem Umfang der französischen Flotte festlegen zu wollen. Ferner wurde deutscherseits das Verbot des Abwurfes von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb der wirklichen Kampfzone gefordert. Schließlich hat der Führer seine Bereitwilligkeit erklärt, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der schweren Angriffswaffen, und zur Begrenzung der Kaliber und des Lammgehaltes der Flotten führen könnte. Die Antwort war eine internationale Verschwörung des Schweigens und die Sabotage der Abrüstungsvorschläge durch die Barthou-Note. Frankreich als der entscheidende Schöpfer des Völkerbundsgebändes hat den Artikel 19 der

Die Antwort des Völkerbundsrats

Das Telegramm, das der Generalsekretär auf Anweisung des Völkerbundsrates an die deutsche Regierung sandte, hat folgenden Wortlaut:
„Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz die Antwort des Völkerbundsrates auf Ihr Telegramm vom 15. März mitzuteilen. Deutschland wird an der Prüfung der durch die französische und belgische Regierung unterbreiteten Frage unter den gleichen Bedingungen teilnehmen, wie die Vertreter der übrigen Garantemächte, deren Stellung unter den Vertrag dieselbe ist wie die Deutschlands, das heißt, mit dem vollen Recht der Ausprägung, wobei die Stimmen der drei Mächte bei der Errechnung der Einstimmigkeit nicht gezählt werden. Hinsichtlich der zweiten Frage ist es nicht Sache des Rates, der deutschen Regierung die Versicherung zu geben, die sie wünscht.“

Scheimführung über die deutsche Antwort.

Der Völkerbundsrat vertagte sich.

Nach einer Sondersitzung des englischen Kabinetts Besprechungen der Locarnomächte.

Nachdem die deutsche Antwort auf die Einladung des Völkerbundsrates in London eingetroffen war, hat, wie aus der englischen Hauptstadt gemeldet wird, das englische Kabinet sich in einer außerordentlichen Sitzung am Montagvormittag mit der deutschen Antwort befaßt. Sämtliche Kabinettsmitglieder nahmen an dieser Sitzung teil. Im Anschluß an diese Sitzung wurde in Völkerbundsreisen bekannt, daß die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates, die am Montagnachmittag stattfinden sollte, auf Dienstag nachmittags verschoben worden sei. Am Montagnachmittag wollte sich der Völkerbundsrat in einer Geheim-sitzung über den in seine Zuständigkeit fallenden Teil der deutschen Antwort, nämlich das deutsche Verlangen nach gleichberechtigter Teilnahme an allen Verhandlungen und Entscheidungen, unterhalten und den Generalsekretär beauftragen, der deutschen Regierung zu antworten.

Beratung über die deutsche Antwort.

Aber die am Montagnachmittag abgehaltene nicht-öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates wird folgende amtliche Mitteilung angeben: „Der Rat hat unter dem Vorsitz des australischen Delegierten Bruce die Prüfung der Mitteilungen der französischen und der belgischen Regierung über den Locarnovertrag wieder aufgenommen. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Rat in seiner letzten Sitzung den Generalsekretär ermächtigt habe, an die deutsche Regierung ein Telegramm über ihre Teilnahme an der Erörterung der Mitteilungen der französischen und der belgischen Regierung durch den Rat zu richten. Er verlas das Telegramm des Generalsekretärs

sowie die von der deutschen Regierung eingegangene Antwort. Der Vorsitzende schlug vor, daß der Rat, ehe er zu einer öffentlichen Sitzung übergehe, eine Prüfung der deutschen Antwort vornehme, die zwei Fragen aufwerfe:

1. diejenige der Behandlung Deutschlands auf gleichem Fuß mit den Garantemächten,
2. die die Locarnomächte angehende Frage: Wird man sofort oder zu einem sehr nahen Zeitpunkt mit der Prüfung der in der Rede Hitlers aufgeworfenen Fragen beginnen?

Der Rat beschloß, die Antwort der deutschen Regierung sofort in geheimer Sitzung zu prüfen.“

Kurze öffentliche Sitzung.

Der Völkerbundsrat trat am Montagabend zu einer kurzen öffentlichen Sitzung zusammen, um zu der deutschen Antwort auf seine am Sonnabend ergangene Einladung Stellung zu nehmen.

Vor der Behandlung dieses Punktes erhielt jedoch der französische Außenminister Riancho das Wort, um im Namen der französischen und der belgischen Regierung einen gemeinsamen Entschließungsentwurf vorzulegen, der folgendermaßen lautet: „Auf Antrag der französischen und der belgischen Regierung stellt der Rat fest, daß Deutschland einen Verstoß gegen Artikel 43 des Versailler Vertrages begangen hat, indem es am 7. März Truppen in die entmilitarisierte Zone, wie sie im Artikel 41 des Versailler Vertrages und des Locarnovertrages bezeichnet ist, einrückte und dort unterbrachte. Der Generalsekretär wird aufgefordert, sofort die Unterzeichner des genannten Vertrages über den Beschluß des Rates in Kenntnis zu setzen.“

Der Vizepräsident erklärte hierzu, daß der Rat im Augenblick zweifellos nicht in eine Erörterung über diesen Entschließungsentwurf eintreten wolle. Eine Vertagung der Aussprache sei besonders notwendig angesichts der Erörterungen in der Geheim-sitzung des Völkerbundsrates. Das Ergebnis dieser Aussprache und der Prüfung der deutschen Antwort sei es, daß der Generalsekretär ein Telegramm an die deutsche Regierung gefandt habe, worin er sich erklärt habe, daß sie an der Prüfung der durch die französische und belgische Regierung aufgeworfenen Fragen unter den gleichen Bedingungen teilnehmen werde wie die in gleicher Rechtsstellung befindlichen Mächte. Was den zweiten Punkt betreffe (Prüfung der deutschen Vorschläge), so sei es nicht Sache des Rates, die von Deutschland verlangten Zusicherungen zu geben.

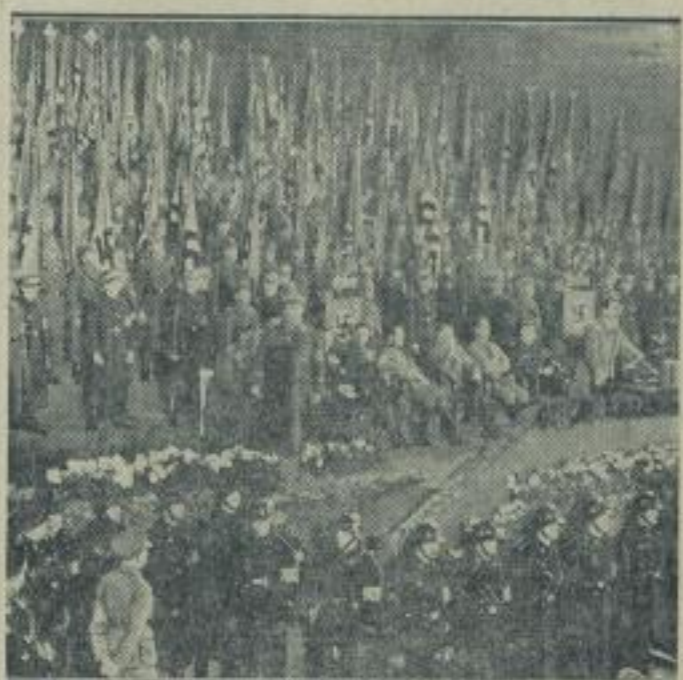
Die nächste öffentliche Sitzung wurde auf Donnerstag 15.30 Uhr anberaumt.

Die Locarnomächte werden am Dienstagvormittag um 11 Uhr englischer Zeit (12 Uhr MEZ) ihre Beratungen fortsetzen. Sie werden bei dieser Gelegenheit ihre schriftlich niedergelegten Ansichten austauschen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß der Dreizehnerausschuß, das heißt der Völkerbundsrat ohne Italien, am Mittwoch in London zusammentreten wird.

Völkerbunds-satzung, der die Abrüstung reagen sollte, durch seine Vorkipolitik zu einem leeren Buchstaben gemacht. Wenn heute uns an der Seine der Vorwurf gemacht wird, wir hätten den Locarnovertrag verlegt dadurch, daß deutsche Truppen ihre Friedensgarnisonen im Rheinland wieder bezogen hätten, so fällt dieser Vorwurf auf die französischen Vorkipolitik zurück. Sie haben den Locarnovertrag durch immer neue Allianzen gesprengt, und dieses Abkommen, das dem Frieden dienen sollte, eben durch diese gefährliche friedenszerstörende Vorkipolitik wirkungslos gemacht. Dieses Spiel mit dem Feuer der Barthou-Diplomatie gegenüber hat Adolf Hitler Vorbilder einer wahren Friedenspolitik aufgerichtet. Durch den deutsch-polnischen Jännerjahresvertrag hat er den stillen Unruheherd beseitigt, durch den deutsch-englischen Flottenvertrag hat er den ersten Beitrag Europas zur Abrüstung geliefert, durch seine Bereitwilligkeit mit Litauen zu einem nachbarlichen Einvernehmen zu kommen, hat er einen neuen Weg beschritten, den Osten Europas zu befrieden. Und durch das Angebot eines fünfundszwanzigjährigen Nichtangriffspatens hat er den Ausgang freigelegt, auf dem eine Politik der christlichen kollektiven Sicherheit errichtet werden kann.

Das Echo der Welt ist vielfach leider noch Verständnislöslichkeit. Das deutsche Volk aber, zum Zeugen und Richter für diese dreijährige Friedenspolitik aufgerufen, wird sich am 29. März zum Frieden bekennen. Und die Welt wird, wenn sie sich nicht selbst in das Chaos der Zerstörung stürzen will, dieses Friedens-bekennnis eines 66-Millionen-Volkes in der Mitte Europas nicht überhören können.



Der Führer in der Hauptstadt der Bewegung.

In einer Halle des Ausstellungsgebändes auf der Theresienwiese in München sprach der Führer erneut über seine Friedenspolitik. Der jubelnde Beifall der Massen war die Antwort des deutschen Volkes auf Adolf Hitlers Kampf um den Frieden. — Der Führer während seiner Rede. (Scherl Bilderdienst.)